

Zwischen Rostock und Mölln

Martin Link

Als die demokratischen Parteien die Axt ans Asylrecht legten

Nicht allein das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen am 25. August 1992 jährte sich in diesem Jahr zum 30. Mal.

Der 23. November 2022 ist auch der 30. Jahrestag des von deutschen Faschisten verübten Brandanschlags von Mölln. Beide Daten rahmen eine historisch beispiellose Zeit der konzertierten Aktion demokratischer Parteien bei der Demontage und nachhaltigen Beschädigung des Asylgrundrechts. Wie kam es dazu?

Es sei daran erinnert: Von Januar bis Anfang November 1992 hatte die Polizei bereits 1.900 Gewalttaten mit faschistischem Hintergrund gezählt, darunter mehr als 600 Brandanschläge und 15 Sprengstoffattentate. 13 Menschen hatten dabei schon vor Mölln sterben müssen.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier erinnerte am 25. August dieses Jahres bei einer Gedenkveranstaltung in Rostock-Lichtenhagen an das vor 30 Jahren herrschende gesellschaftliche Klima, in dem rechtsradikale Parteien Oberwasser hatten. Doch auch „die Rhetorik [...] der Parteien im demokratischen Spektrum war Anfang der 90er-Jahre ressentimentgeladen“, bekannte Steinmeier – vielleicht auch peinlich berührt durch die historischen Verstrickungen der eigenen Partei – und forderte die bundesdeutsche Politik auf, „verbal abzurüsten“.

In der öffentlichen Debatte im Jahr 1992 wären solche Appelle aus dem demokratischen Spektrum angezeigt gewesen. War sie doch geprägt durch die Hetze von Rassist*innen und Neonazis und auch durch die Stimmungsmache von Regierungs- und Oppositionspolitiker*innen gegen Asylbewerber*innen. Stattdessen wurde als politisches Nahziel aus verschiedenen Parteizentralen heraus die Forderung nach einer Beschneidung oder gar Beseitigung des Grundrechts auf Asyl eingefordert.

„Skinheads haben den Parteien Beine gemacht“

Hierzulande kommentierten am 11.10.1991 die „Kieler Nachrichten“ (KN) mit unverhohlenem Dank nach Rechts die zunehmende Annäherung von SPD und CDU in der ‚Asyldebatte‘: „... immerhin: Es ist gelungen, ein gemeinsames Konzept

auf die Beine zu stellen. (...) Die Skinheads, man muss es leider sagen, haben den Parteien offenbar Beine gemacht. Hoffentlich fallen die Politiker nach dieser Anstrengung nicht in die alte Gangart zurück.“

Union und Liberale waren bezüglich der ‚neuen Gangart‘ längst auf Linie. Björn Engholm, der gern der nächste Bundeskanzler geworden wäre, bemühte sich im Herbst 1992, auch seine Partei auf einen Asylrechts-kritischen Kurs zu bringen. Am 6. November gab er der KN ein ‚Interview zum Asylproblem‘ unter der Überschrift „Einer musste die Reißleine ziehen“. Engholm erläuterte darin die entscheidenden „Petersberger Beschlüsse“ der SPD zur Beschneidung des geltenden Asylrechts.

Larmoyanz und Scheinheiligkeit

Die Larmoyanz mit der sich in dieser Zeit Täter zu Opfern der eigenen grundrechtsfeindlichen Entscheidungen stilisierten, war dabei propagandistisches Konzept. Engholm zum Beispiel tröstete sich selbst in dem KN-Interview so: „Das offene weite Herz, das im letzten Jahr noch seine politische Begründung gehabt haben mag, kann in diesem Jahr nicht mehr so offen sein und im nächsten angesichts der steigenden Zahlen noch weniger. (...) Natürlich hätte ich lieber einen langen demokratischen Meinungsbildungsprozess in Gang gesetzt. Doch hat angesichts der Steigerung der Zuwanderung eben einer die Reißleine ziehen müssen – zu dem Preis, dass er jetzt verprügelt wird.“

Diese Scheinheiligkeit der öffentlichen Äußerungen politisch verantwortlicher Akteur*innen traf aber auch schon





Rostock-Lichtenhagen 1992

damals auf entschiedenen zivilgesellschaftlichen Widerspruch. Detlef Hensche, damals Vorsitzender der Gewerkschaft IG Medien, machte kurz nach dem Brandanschlag in Mölln die demokratische politische Klasse für die Gewalt mitverantwortlich: „All die, die vor Jahren die unselige Asyldebatte angezettelt haben und auch heute noch anheizen, haben sich mitschuldig gemacht. Es mag ja sein, dass es rechtsradikale Gefahren auch ohne diese Debatte gäbe. Doch die verantwortungslose Diskussion über ‚Asylantenflut‘, ‚Überfremdung‘, Horrormeldungen über Kosten und Kriminalität, haben nach allen Regeln der Demagogie bewirkt, dass die Hemmschwelle zur Gewaltbereitschaft gesenkt wurde. Mit gutem Grund empören sich viele, wenn auf Demonstrationen plötzlich dieselben Politiker die Würde des Menschen beschwören, die sie durch ihre Angriffe auf das Menschenrecht auf Asyl sträflich aufs Spiel setzten.“

Fazit

Es ist jetzt 30 Jahre her, dass das Asylgrund- und soziale Flüchtlingsrecht im Dienste nationalistischer Interessengruppen und rassistischer Stammtischler im Zuge einer am 6.12.1992 erfolgten Einigung zwischen CDU/CSU und SPD und des Bundestagsbeschlusses am 26.5.1993 einer grundlegenden Verschärfung unterzogen worden ist. Ab dann herrscht nicht nur die Asyl-Chancenlosigkeit für Menschen aus vermeintlich sicheren Drittstaaten. Für alle Geflüchteten gilt seit-

her ein restriktives Asylverfahren, an dem viele scheitern. Es gelten die Wohnverpflichtung in Lagern oder zugewiesenen Gemeinden, erheblich reduzierte und sanktionsbewährte soziale Leistungen, Arbeitsverbote oder vielerlei Hürden bei der Integration in Bildung und Arbeit oder beim Familiennachzug. Und solche, deren Asylgründe – egal wie dramatisch die Lage in ihrem Herkunftsland ist – nicht anerkannt werden, führen ein bisweilen jahrelanges Leben ohne zugestandene Bleibeperspektive, in Kettenduldungen und im Zustand ständiger Angst vor der Abschiebung.

Schlussendlich ist zu konstatieren, dass das politisch tatkräftige Schielen nach Rechts den demokratischen Entsorger*innen des bis dato einzigartigen Grundrechtsversprechens zumindest keinen Rückgang bei rassistischer Gewalt gebracht hat. Die Gewalt gegen tatsächlich oder vermeintlich Eingewanderte ging und geht weiter. Seit 1990 kamen dabei 208 Menschen zu Tode.

Auf dem Bahide-Arslan-Platz in Kiel Gaarden werden wir gemeinsam mit vielen anderen auch in diesem Jahr am 23.11.2022 der Opfer von Mölln gedenken: Bahide Arslan, Yeliz Arslan und Aysel Yilmaz.

Martin Link ist Mitarbeitender im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. www.frsh.de

Geschichte wiederholt sich doch?

Bundesinnenministerin Nancy Faser kündigte beim Flüchtlingsgipfel mit Ländern und Kommunen im Oktober 2022 an, die Grenzen für Ukrainer*innen weiter offen, aber für syrische, afghanische, türkische oder afrikanische aus dem globalen Süden Flüchtende rigoros dicht zu halten. Die Grenzkontrollen zu Österreich und Tschechien bleiben demnach bestehen. „Wir sind gemeinsam in der Verantwortung, illegale Einreisen zu stoppen, damit wir weiter den Menschen helfen können, die dringend unsere Unterstützung brauchen“, erklärt Faser und macht damit nicht nur rechtstheoretisch Front gegen Art. 31 der Genfer Flüchtlingskonvention, sondern erklärt Asylsuchende aus dem Rest der Welt für nicht unterstützungswürdig. Denn das BMI macht auch Druck auf Serbien und andere EU-Staaten: Österreich und Tschechien hätten nach „sehr ernstern Gesprächen“ zudem ihrerseits verstärkte Grenzkontrollen an ihren Landesgrenzen zugesagt.

Die Martyrien im Mittelmeer oder auf der Balkanroute werden sich wohl fortsetzen...